## **NABU-PRESSEDIENST**

NABU Osterode • 14.06.2011

Biogas

## NABU-Vortrag zur Bioenergie

## Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Biomasse

Osterode – Gut gefüllt war kürzlich der Filmsaal der KVHS Osterode anlässlich des NABU-Vortages zur Bioenergie. Unter den vielen Gästen konnte der NABU-Vorsitzende Wolfgang Rackow u. a. die Kreisjägerschaft, Landwirte und die Bürgerinitiative Wulften begrüßen. Uwe Baumert, Bioenergieexperte des NABU und stellvertretender Landesvorsitzender machte gleich zu Beginn klar: "Der NABU sagt ja zur Biomasse – einem Multitalent der erneuerbaren Energien. Jedoch müssen auch regenerative Energien natur- und umweltverträglich sein. Maßlosigkeit bei Biomasse führt in die falsche Richtung."

Flächenkonkurrenz, Pachtpreisexplosionen, Umbruch von Grünland, Monokulturen und eine Vermaisung sind nur einige Stichwörter der negativen Auswirkungen. So sind in einigen Landkreisen in Niedersachsen bereits mehr als 50 Prozent der Ackerfläche mit Mais bebaut. Auch die Anzahl der Biogasanlagen unterstreicht diese Tendenz eindeutig. Waren 2008 noch 580 Anlagen in Betrieb, so waren es 2010 bereits 780 und Anfang 2011 wurden 1000 Biomasse-Anlagen gezählt. Von 2005 bis 2009 stieg der Flächenverbrauch durch Maiswüsten um über 30 Prozent. Eintönigkeit der Landschaft und massive Auswirkungen auf die Artenvielfalt sind die Konsequenz. Im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müssen daher Anreize geschaffen werden, die einen Ausbau kleinerer Biogasanlagen fördern.

"Die Nutzung regenerativer Energien müssen wir mit Augenmaß betreiben und uns dabei gemeinsam für eine naturverträgliche Produktion zur Stärkung der Region vor Ort einsetzen", so Baumert weiter. Im Vordergrund sollte die Verwendung von Bioreststoffen und ein Energiepflanzenmix statt Mais stehen. Auch Saatgutunternehmen sind hier gefordert.

Um die Entwicklung wieder in die richtige Richtung zu lenken, hat der NABU ein Zehn-Punkte-Papier "Biogas" entwickelt. Darin wird u. a. eine Begrenzung des Mais auf maximal 50 Prozent sowie ein Stopp für Neugenehmigungen bis zum Vorliegen einer Regionalplanung gefordert. Ein weiterer zentraler Punkt ist der Nachweis einer neunmonatigen Lagerkapazität für die Gärreste, um eine ökologisch nicht vertretbare Ausbringung auszuschließen.

Abschließend entwickelte sich eine rege Diskussion, in der von allen Seiten der gut fundierte Vortrag hervorgehoben wurde.

